

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Schöler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierfachlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitsäule oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

Deutschland.

Berlin, 9. Februar. Unter dem Titel: Die Landwehr von 1813 bis 1893 erschien soeben im Verlage der königlichen Hofbuchhandlung von Mittler u. Sohn eine kleine Schrift, in welcher einer unserer namhaftesten Militärschriftsteller, Generalleutnant von Boguslawski, eine durch klarheit und Prägnanz in hohem Grade ausgezeichnete Darstellung der historischen Entwicklung der preußischen Landwehrorganisation gibt. Der Verfasser liefert damit einen Beitrag zur Beurteilung und Klärung mancher Irrtümer und Missverständnisse, die in neuerer Zeit über den militärischen Werth dieses Gliedes unseres Heeresorganismus hervergetreten sind. Der Herr Verfasser ist vor Alem bemüht, nachzu forschen, wie der Entwicklungsgang, den die Landwehr seit ihrer Entstehung durchgemacht, immer eine Folge des Zusammenwirks der verschiedensten Faktoren gewesen ist, welche auf dem Gebiet von Staat und Krieg tief in das nationale Leben eingegriffen und die Entfaltung, Verfestigung und Sicherung derselben bedingt haben.

Der Verfasser gliedert den Stoff lichtvoll in vier Abschnitte, von denen jedem er eine knapp gesetzte Charakteristik entwirft. Im ersten Abschnitt zeigt er die Errichtung der Landwehr 1813 durch die Einreihung derjenigen Wehrpflichtigen von 17 bis 40 Jahren, welche nicht im Heere dienten, und ihre Theilnahme an den Befreiungskriegen. Die Landwehr von 1813 besaß alle Mängel eines erprobten und ohne festen Stamm zusammengestellten, mangelhaften ausgebildeten Truppen, als da sind plötzliche Panik im Fall eines schnellen Rückzuges, mangelnde Disziplin und in Folge dessen rapide Verminderung des numerischen Standes. Dagegen bewies die Landwehr, wie ein außerordentliches Studium der Kriegsgeschichte lehrt, besten Willen im Geiste (Gr. Görres-Hagelsberg, Nachtrücks) vor der Schlacht an der Langbach. Im weiteren Verlauf des Krieges gewann die Landwehr eine Erfahrung und Festigkeit, die sie ebenbürtig neben die Linientruppen stellte und einzelne ganz hervorragende Waffenarten vollbringen ließ.

Als zweite Periode der Landwehr wird dann der Zeitraum von 1815 bis zur Reorganisation von 1860 bezeichnet. In diesem wurde die Organisation auf eine andere Grundlage gestellt, indem durch Einreihung der durch die Schule des Heeres gegangenen Soldaten eine Trennung in zwei Aufgebote vorgenommen wurde, von denen das erste Aufgebot für das Feld, das zweite für den Besatzungsdienst bestimmt war. Die mit der Landwehr in jenem Zeitabschnitt vorgenommene organisatorische Veränderung war aber keine glückliche. Man vergaß, daß der Geist von 1813 durch besondere Umstände und durch große sittliche Impulse geweckt und erhalten werden war. Mit dem Fortfall dieser Hebel war ein anderes System geboren für eine Truppe, die dazu bestimmt war, zugleich bei Ausbruch eines Krieges vor den Feind zu rücken. Abgesehen davon, daß den Landwehrformationen jede Anteilung an Seite Friedensstämme fehlte, waren ihre jeder Erfahrung und Routine erlangenden Führer ihr militärisch schwächster Theil. Die langen Friedensjahre befürchteten die Heeresleitung in der Täuschung, daß Preußen Wehrmacht der Landwehr einrichtung eine seiner Großmachtfeststellung entsprechende und vollkommen tüchtige wäre, während doch der Landwehr 1. Aufgebot eine Stelle angewiesen war, welche sie zu Folge fehlerhafter Organisation nicht ausfüllen konnte, falls ein erster Krieg hereingebrochen wäre. Den Beweis hierfür lieferten die Ereignisse der Jahre 1848, 1849 und 1850.

Die Zeit der Armeearbeitorganisation von 1860 bis zum Jahre 1871 kennzeichnet der Autor als die dritte Periode in dem geschichtlichen Verlauf. In dieselbe fielen die Kriege von 1866 und von 1870—71. Was die Rolle der Landwehr 1866 betrifft, so war ihre Theilnahme am Kriege bei der ihr zugewiesenen Stellung und der schnellen Beendigung des Kampfes eine sehr geringe, die keine reiche Erfahrung bot. Aber der österreichische Krieg gab den Anfang zu bedeutenden organischen Umgestaltungen. Durch das Gesetz vom 9. November 1867 wurde eine neue Gliederung der Dienstpflicht eingeführt. Hinsicht diente der Wehrfähige drei Jahre bei der Fahne, vier Jahre in der Reserve, fünf Jahre in der Landwehr. Die auf 12 Jahre herabgesetzte Wehrpflicht endete also mit dem 32. Lebensjahr, gleichzeitig entstand die Institution der Reserveoffiziere.

Wennleich die Theilnahme der Landwehr an dem deutsch-französischen Krieg eine viel umfangreichere als 1866 war, so hielt sich dieselbe doch in den Grenzen, die ihr durch die Reorganisation von 1860 angewiesen worden waren. Der Verlust der Landwehr in dem genannten Kriege betrug 4338 Mann, bei 127 867 Toten Gesamtverlust. Zu dem siebenmonatigen Kampfe gegen Frankreich hat sich die Landwehr als ein durchaus unentbehrliches, seine Aufgabe vollständig erfüllendes Glied unseres Heeres bewährt.

Als das Charakteristische des vierten Abschnitts, dem der Autor unter der Überschrift: Die Stellung der Landwehr in der neuesten Zeit, zusammenfassend beschreibt er sich mit dem durch die ausgebildeten Rüstungen der Nachbarstaaten notwendigen Wiedereinrücken der Landwehr unter dem Namen Reserveverträge in die Reihen der Feldarmee, und der Reaktivierung des 2. Aufgebots. Diese neuzeitliche Phase der Organisation soll dem Gedanken, Vermehrung der Schlagfähigkeit und Streitkraft bei möglichster Schonung der wirtschaftlichen Volksschaft, oder mit anderen Worten, Verkürzung und Entlastung der älteren durch Erwerbs- und Familienverhältnisse gebundenen und unabkömmlichen Wehrpflichtigen, Verwirrlung geben.

Die kleine Schrift, welche als ein treffliches Orientierungsmittel über die zur Zeit schwebenden Tagesfragen zu bezeichnen ist und kurz und klar Auskunft über die Bedeutung und das Wesen unserer Landwehrreformen ertheilt, darf als ein wissenschaftliches Werk zur militärischen Tagesliteratur, wahr zur Letzter empfohlen werden.

— Die Debatten über den Zukunftstaat sind im Reichstage mit einer Rede Liebknechts zum Abschluß gebracht worden. Sich die anderen Parteien lag kaum noch ein Aufschluß vor, auf eine Verlängerung der Unterhaltung hinzuwirken, nachdem ja eine neue Rede von sozialdemokratischer Seite als Zugeständnis gebracht hatte, daß die sozialdemokratische Partei keine Antwort auf die Frage nach der Form des Zukunftstaates zu ertheilen

habe. Sie verlangt, daß man ihr unbedingtes Vertrauen schenke und verläßt sich daran, daß, wenn die neue Ordnung der Dinge wirklich gekommen sein sollte, sich schon Mittel und Wege finden werden, um vorwitzige Frager und überzeugte Kritiker zur Ruhe zu bringen. Wie Herr Bebel einer unserer namhaftesten Militärschriftsteller, Generalleutnant von Boguslawski, eine durch Klarheit und Prägnanz in hohem Grade ausgezeichnete Darstellung der historischen Entwicklung der preußischen Landwehrorganisation gibt. Der Verfasser liefert damit einen Beitrag zur Beurteilung und Klärung mancher Irrtümer und Missverständnisse, die in neuerer Zeit über den militärischen Werth dieses Gliedes unseres Heeresorganismus hervergetreten sind. Der Herr Verfasser ist vor Alem bemüht, nachzu forschen, wie der Entwicklungsgang, den die Landwehr seit ihrer Entstehung durchgemacht, immer eine Folge des Zusammenwirks der verschiedenen Faktoren gewesen ist, welche auf dem Gebiet von Staat und Krieg tief in das nationale Leben eingegriffen und die Entfaltung, Verfestigung und Sicherung derselben bedingt haben.

Die „Post“ weist noch darauf hin, daß die Konferenz nicht auf die alleinige Aregung Österreich-Ungarns zurückzuführen ist, sondern daß die Aregung von Deutschland, dessen einzelne Staaten darüber ein Einverständniß erzielt hatten, und von Österreich-Ungarn ausgingen ist.

Hannover, 8. Februar. (W. T. B.) Gutsbesitzer Tannen auf Sandhorst bei Aurich, seit 1882 Abgeordneter für den 2. Wahlkreis des Regierungsbezirks Aurich (Aurich, Wittmund), ist in Aurich gestorben.

Österreich-Ungarn.

Wien, 8. Februar. (W. T. B.) Eine Deputation des Klubs der Konservativen überreichte heute dem Grafen Hohenwart anlässlich dessen 70. Geburtstags eine künstvoll ausgestattete Urkunde, in welcher die Verdienste des Grafen gefeiert werden. Wieder findet ein Bankett statt, auf welchem die Minister Grafen Taaffe, Falckenhayn und Schönborn, sowie Mitglieder des Klubtheilnehmern werden.

Die „Konservative Korrespondenz“ bezeichnet die Ausschreitungen über Wehrpflicht des Klubs

der Konservativen als völlig unbegründet, in

gleicher die Meldungen der Blätter über den Ver-

lauf der vertraglich behandelten Programmdebate-

als tendenziös erfunden.

Wien, 8. Februar. (W. T. B.) Der „Politischen Korrespondenz“ wird aus Sofia gemeldet: Der Finanzminister arbeitete den Entwurf eines autonomen Zolltarifs aus, der nach Ablauf des im Jahre 1889 mit verschiedenen Staaten abgeschlossenen, klarlich erneuerten Handelskonventionen in Kraft treten soll. Die Bekanntmachung des Entwurfs soll demnächst erfolgen.

Paris, 8. Februar. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Auf die Interpellation wegen des Streits in der ungarischen Waffenfabrik antwortete der Minister des Innern, er würde sich nur auf eine direkte, bisher jedoch von keiner Seite erfolgte Aufforderung in die Sache einmischen.

Auf die Interpellation Bisontai's, betreffend die Kaufan-Dörberger Bahn, antwortete der Handelsminister in der bereits gemelbten Weise, worauf der Ministerpräsident Wekerle ausführte: Die ungarische Regierung habe die Valutaprozeßfrage erkannt und das Königreich erkannt, weil sie die Landesinteressen außerordentlich schädigten. Die im Verlaufe der Konventionsoperationen der Koschancz-Dörberger Bahn gegen ein Mitglied des Komitats erworbenen Beschleißungen seien der ungarischen Regierung gleichgültig, ein Einschreiten der Regierung wäre nur dann notwendig gewesen, wenn eine Schädigung der Interessen der Bahngegenseite vorgelegen hätte. Bei der Konventionsoperation sei lediglich die Wahrung der Würde des Staats und der Interessen des Landes maßgebend. Die Antworten der Minister wurden zur Kenntnis genommen.

Belgien.

Brüssel, 7. Februar. Ein der Zweiten Kammer vorgelegter Gesetzentwurf geht dahin, die Strafen um den königlichen Palast, den Parl., das Parlamentsgebäude und die Ministerien für jedwedem Leumüthigem abzusperren. Bereits hat der Bürgermeister Kundgebungen in diesem Theile der Stadt untersagt, indem will die Regierung bei der bevorstehenden Beratung über die Verfassungswidrigkeit diese Maßregel zum Gesetz erheben. Wer sich in der sogenannten neutralen Zone an Zusammenrottungen beteiligt, wird mit Haft von acht Tagen bis zu drei Monaten bestraft.

Frankreich.

Paris, 8. Februar. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Die Tribünen sind überfüllt und es herrscht lebhafte Bewegung unter den Abgeordneten und den Zuhörern. Der boulangeristische Abgeordnete Goujet willt die Regierung beziehlich derjenigen Mitglieder des Parlaments zu interpelliren, gegen welche gestern das gerichtliche Verfahren eingetellt worden ist. Inmitten einer heftigen tumultuarischen Bewegung sagte Goujet, daß, da Rouvier eingeräumt, Panamagel empfangen zu haben, die Regierung sich darüber aussprechen solle, ob sie auf ihn den Artikel der Verfassung anwenden werde, welcher die Verantwortlichkeit des Ministers zum Gegenstand habe.

Justizminister Bourgois erwiderte, man beschimpfe die Regierung, wenn man sie beschuldige, Drohungen nadgegeben zu haben, als sie die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung gegen Deputierte beantragt habe. (Bischoff auf der Linke.) Die Justiz hande in voller und unabdingbarer Unabhängigkeit. Seit länger als einem Monat verbreite man verleumderische Gerüchte, es sei Zeit, laut zu verlöhnen, daß alle Bürger sich vor den Entscheidungen der Justiz zu beugen hätten. (Bischoff.) Die Regierung habe Alles gethan, was sie thun müsse, sie sehe in den gestellten Fragen offenbare Mängel. Sie werde es ablehnen, den Gegnern der Republik Waffen in die Hände zu geben. Die Regierung habe ihr Pflicht gethan, die Kammer werde die ihrige thun. Der Deputierte Goujet sagte, in der Panama-A Angelegenheit seien Dinge vorgekommen, welche wiederholen könnten, er frage, was man gehabt habe, um Missverständnisse, wie die Bezeichnung von Parlamentsmitgliedern, abzustellen. Die Lage sei nicht geklärt, die bisher erreichten Ergebnisse der Untersuchung seien nicht genügend, um die öffentliche Meinung zu befriedigen. Man habe erklärt, gewisse Praktiken seien für die Existenz der Regierung notwendig. Dies sei ein Fehler, die Regierung bedürfe keiner Almosen oder Geschenke von den Finanzleuten, es sei nicht notwendig, daß die Regierung die Verhölung gewisser Summen überwache. (Bischoff.) Gavaignac hat die schriftliche Nachfrage gestellt, welche die Regierung zur Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Ausschreibung der Tagesordnung ein: Die Kammer, bereit, die Regierung in der Unterordnung aller Belehrungshandlungen zu unterstützen, ist entschlossen, die Wiederkehr regierungseitiger Machenschaften zu verbünden, welche mißbilligt, und geht zur Tagesordnung über. (Lebhabter Bischoff.) Ministerpräsident Ribot erklärte hierauf, die Regierung habe ihre Pflicht gethan, so peinlich ihr dieselbe auch gewesen. Die Gerechtigkeit habe sich in ihrer Souveränität ausgesprochen. Die Regierung wünsche, wie Gavaignac, volles Licht, um die durch die Gegner der Republik verbreiteten Legenden zu zerstreuen, sie habe nichts verabsäumt, um Gerechtigkeit zu tun und Richt zu schaffen; wenn Artur den Nachforschungen entgangen sei, so liege dies nicht

als Zusammentreffen ist Dresden in Aussicht genommen."

Die „Post“ weist noch darauf hin, daß die Konferenz nicht auf die alleinige Aregung Österreich-Ungarns zurückzuführen ist, sondern daß die Aregung von Deutschland, dessen einzelne Staaten darüber ein Einverständniß erzielt hatten, und von Österreich-Ungarn ausgingen ist.

Hannover, 8. Februar. (W. T. B.) Gutsbesitzer Tannen auf Sandhorst bei Aurich, seit 1882 Abgeordneter für den 2. Wahlkreis des Regierungsbezirks Aurich (Aurich, Wittmund), ist in Aurich gestorben.

Österreich-Ungarn.

Wien, 8. Februar. (W. T. B.) Eine Deputation des Klubs der Konservativen überreichte heute dem Grafen Hohenwart anlässlich dessen 70. Geburtstags eine künstvoll ausgestattete Urkunde, in welcher die Verdienste des Grafen gefeiert werden. Wieder findet ein Bankett statt, auf welchem die Minister Grafen Taaffe, Falckenhayn und Schönborn, sowie Mitglieder des Klubtheilnehmern werden.

Die „Konservative Korrespondenz“ bezeichnet die Ausschreitungen über Wehrpflicht des Klubs

der Konservativen als völlig unbegründet, in

gleicher die Meldungen der Blätter über den Ver-

lauf der vertraglich behandelten Programmdebate-

als tendenziös erfunden.

Wien, 8. Februar. (W. T. B.) Der „Politischen Korrespondenz“ wird aus Sofia gemeldet: Der Finanzminister arbeitete den Entwurf eines autonomen Zolltarifs aus, der nach Ablauf des im Jahre 1889 mit verschiedenen Staaten abgeschlossenen, klarlich erneuerten Handelskonventionen in Kraft treten soll. Die Bekanntmachung des Entwurfs soll demnächst erfolgen.

Paris, 8. Februar. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Auf die Interpellation Bisontai's, betreffend die Kaufan-Dörberger Bahn, antwortete der Handelsminister in der bereits gemelbten Weise, worauf der Ministerpräsident Wekerle ausführte:

Die ungarische Regierung habe die Valutaprozeßfrage erkannt und das Königreich erkannt, weil sie die Landesinteressen außerordentlich schädigten. Die im Verlaufe der Konventionsoperationen der Koschancz-Dörberger Bahn gegen ein Mitglied des Komitats erworbenen Beschleißungen seien der ungarischen Regierung gleichgültig, ein Einschreiten der Regierung wäre nur dann notwendig gewesen, wenn eine Schädigung der Interessen der Bahngegenseite vorgelegen hätte. Bei der Konventionsoperation sei lediglich die Wahrung der Würde des Staates und der Interessen des Landes maßgebend. Die Antworten der Minister wurden zur Kenntnis genommen.

Auf die Interpellation Bisontai's, betreffend die Kaufan-Dörberger Bahn, antwortete der Handelsminister in der bereits gemelbten Weise, worauf der Ministerpräsident Wekerle ausführte:

Die ungarische Regierung habe die Valutaprozeßfrage erkannt und das Königreich erkannt, weil sie die Landesinteressen außerordentlich schädigten. Die im Verlaufe der Konventionsoperationen der Koschancz-Dörberger Bahn gegen ein Mitglied des Komitats erworbenen Beschleißungen seien der ungarischen Regierung gleichgültig, ein Einschreiten der Regierung wäre nur dann notwendig gewesen, wenn eine Schädigung der Interessen der Bahngegenseite vorgelegen hätte. Bei der Konventionsoperation sei lediglich die Wahrung der Würde des Staates und der Interessen des Landes maßgebend. Die Antworten der Minister wurden zur Kenntnis genommen.

Auf die Interpellation Bisontai's, betreffend die Kaufan-Dörberger Bahn, antwortete der Handelsminister in der bereits gemelbten Weise, worauf der Ministerpräsident Wekerle ausführte:

Die ungarische Regierung habe die Valutaprozeßfrage erkannt und das Königreich erkannt, weil sie die Landesinteressen außerordentlich schädigten. Die im Verlaufe der Konventionsoperationen der Koschancz-Dörberger Bahn gegen ein Mitglied des Komitats erworbenen Beschleißungen seien der ungarischen Regierung gleichgültig, ein Einschreiten der Regierung wäre nur dann notwendig gewesen, wenn eine Schädigung der Interessen der Bahngegenseite vorgelegen hätte. Bei der Konventionsoperation sei lediglich die Wahrung der Würde des Staates und der Interessen des Landes maßgebend. Die Antworten der Minister wurden zur Kenntnis genommen.

Auf die Interpellation Bisontai's, betreffend die Kaufan-Dörberger Bahn, antwortete der Handelsminister in der bereits gemelbten Weise, worauf der Ministerpräsident Wekerle ausführte:

Die ungarische Regierung habe die Valutaprozeßfrage erkannt und das Königreich erkannt, weil sie die Landesinteressen außerordentlich schädigten. Die im Verlaufe der Konventionsoperationen der Koschancz-Dörberger Bahn gegen ein Mitglied des Komitats erworbenen Beschleißungen seien der ungarischen Regierung gleichgültig, ein Einschreiten der Regierung wäre nur dann notwendig gewesen, wenn eine Schädigung der Interessen der Bahngegenseite vorgelegen hätte. Bei der Konventionsoperation sei lediglich die Wahrung der Würde des Staates und der Interessen des Landes maßgebend. Die Antworten der Minister wurden zur Kenntnis genommen.

Auf die Interpellation Bisontai's, betreffend die Kaufan-Dörberger Bahn, antwortete der Handelsminister in der bereits gemelbten Weise, worauf der Ministerpräsident Wekerle ausführte:

Die ungarische Regierung habe die Valutaprozeßfrage erkannt und das Königreich erkannt, weil sie die Landesinteressen außerordentlich schädigten. Die im Verlaufe der Konventionsoperationen der Koschancz-Dörberger Bahn gegen ein Mitglied des Komitats erworbenen Beschleißungen seien der ungarischen Regierung gleichgültig, ein Einschreiten der Regierung wäre nur dann notwendig gewesen, wenn eine Schädigung der Interessen der Bahngegenseite vorgelegen hätte. Bei der Konventionsoperation sei lediglich die Wahrung der Würde des Staates und der Interessen des Landes maßgebend. Die Antworten der Minister wurden zur Kenntnis genommen.

Auf die Interpellation Bisontai's, betreffend die Kaufan-Dörberger Bahn, antwortete der Handelsminister in der bereits gemelbten Weise, worauf der Ministerpräsident Wekerle ausführte:

Die ungarische Regierung habe die Valutaprozeßfrage erkannt und das Königreich erkannt, weil sie die Landesinteressen außerordentlich schädigten. Die im Verlaufe der Konventionsoperationen der Koschancz-Dörberger Bahn gegen ein Mitglied des Komitats erworbenen Beschleißungen seien der ungarischen Regierung gleichgültig, ein Einschreiten der Regierung wäre nur dann notwendig gewesen, wenn eine Schädigung der Interessen der Bahngegenseite vorgelegen hätte. Bei der Konventionsoperation sei lediglich die Wahrung der Würde des Staates und der Interessen des Landes maßgebend. Die Antworten der Minister wurden zur Kenntnis genommen.

Auf die Interpellation Bisontai's, betreffend die Kaufan-Dörberger Bahn, antwortete der Handelsminister in der bereits gemelbten Weise, worauf der Ministerpräsident Wekerle ausführte:

Die ungarische Regierung habe die Valutaprozeßfrage erkannt und das Königreich erkannt, weil sie die Landes

Arbeitern und einigen Beamten ein Handgemeine, wobei verschiedene Verwundungen vorfielen. In der auf diesen Standort folgenden Nacht durchlief eine Bande von etwa 150 Arbeitern die Strafen und waren an den Häusern der besser stützten Bürger die Feuerstechen ein.

Die Regierung führt sehr wohl die gefährliche Unsicherheit der Situation und trifft in Folge dessen alle möglichen Vorsichtsmaßregeln; so wurde die berüchtigte Gendarmerie in den westlichen Provinzen verstärkt, was eine Ausgabe von 50 000 Gulden erforderte, welche durch ein Dekret der Königin bewilligt wurden. Von großem Einfluss sind diese Vorhommunisse auf die noch nie besonders günstige Stimmung gegenüber dem Gelehrtenprojekt des gegenwärtigen Kabinetts über das allgemeine Wahlrecht, dessen Schicksal bisher zweifelhaft schien, durch die letzten Ereignisse aber jedenfalls bestigt sein wird. Bisher stand man dem allgemeinen Wahlrecht wenig sympathisch gegenüber, jetzt aber hat man vor demselben geradezu Freude.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 9. Februar. Der gestern erwähnte Unfall bei einem Ausflug der Ottoschule hat glücklicherweise nicht den bedauerlichen Verlauf gehabt, wie solcher uns irrtümlich mitgetheilt wurde. Der Sohn des Freiherrn Reinmann ist nicht ertrunken, sondern es gelang demselben, nachdem er in das offene Loch im Eis gerathen war, sich wieder wieder aus der Lage zu befreien. Es freut uns, dies berichten zu können.

Der christliche Verein für junge Kaufleute und Beamte veranstaltete am vergangenen Dienstag in dem großen Saale des "Kaisers-Auditorium" einen Familienabend. Ungefähr 75 Personen, Damen und Herren, meist Angehörige des Berufs und deren Familien, sowie ein weiterer Kreis von Gönnern und Freunden waren erschienen.

Die hauptfächliche Unterhaltung wurde den Anwesenden durch musikalische Leistungen geboten, die unter Leitung des Herrn Pfarramtsconsulenten Ritsch im gemütlichen Chorleiter von Menselssohn und in ein- und mehrstimmigen Gesängen bestanden. Den Damen Fr. Ritsch, Fr. Keeks und Fr. Mühl wurde reiche Anerkennung zu Theil, ebenso Fr. Vogt für den Vortrag der Monatslehrsonate von Beethoven. Am Anfang des geselligen Abends entwarf Herr Preigner Hafert ein turjes Lebensbild des Londoner Großkaufmanns George Williams, des Vaters der christlichen Vereine junger Männer. Am Schlusse richtete Herr Pastor Körber an die Sängerinnen und Sänger herzliche Dankesworte. Hieraus blieben die Meisten noch in gemütlicher Geselligkeit eine Stunde lang zusammen, ein Beweis, daß Jeder sich in dem vom christlichen Geiste durchwirkten Kreise wohl fühlte.

In der getragenen, zahlreichen Versammlung des evangelischen Arbeiter-Vereins hielt Herr Referendar Hols einen Vortrag über "Die Kolonien und die Arbeiter". Redner bemerkte zunächst, daß er mit Rücksicht auf die zu erwartenden kolonial-debatte im deutschen Reichstage und ferner deshalb das genannte Thema gewählt habe, weil von Seiten der sozialdemokratischen Presse mit Vorliebe die Ansicht verbreitet werde, daß der Zweck der Kolonialpolitik allein in der Bereicherung einiger großen Handelsfirmen bestehe und von einem volkswirtschaftlichen Werthe der kolonialen Bestrebungen keine Rede seim könne. Die letztere, so führte der Vortragende aus, nachdem er den Umfang und die allgemeine Natur unserer Kolonien in großen Umrissen skizziert hatte, liege zuvor keiner darin, daß ein Teil unserer wichtigsten Kolonialwaren durch den vermehrten Anbau billiger und mehr als bisher Gewinn- und Gebrauchsmitte des Volkes werden würden. Der Kaffee gebe z. B. in Ostafrika und Kamerun, die französische Missionstation Merozoro verjüngt seine heute die sämtlichen katholischen Stationen Deutsch-Ostafrikas mit vorzüglichem Kaffee. Da aber der Boden und die Witterungsverhältnisse unserer Kolonien noch nicht genügend erforscht seien, so könnte wohl noch 5–10 Jahre vergehen, ehe sich die Mehreinnahme von Kaffee, Tabak, Reis, Kacao u. s. w. auf dem deutschen Markt fühlbar machen werde. Die neueren Resultate, die Redner nach der amtlichen Statistik gebracht, daß dem Regierungsbüro mit ihm nicht mehr haben will.

Ein Kuriusum auf dem Gebiete der Kommunalbesteuerung wird dem "B. T." von der Saale grünen Strasse gemeldet. Ein Dörfchen von etwas über 1000 Seelen, südlich zwischen Hamburg und Lübeck gelegen, ist es, welches in der Spezialität des Anziehens der Steuerschraube alle Finanzminister der Erde geschlagen hat und das Champion auf diesem latriven Gebiete Miens blaßen Neid erregen muß. Der Gaithrich P., welcher auf diesem glücklichen Flecken Erde sein jenseitiges benedictinertes Datum silbert, zahlt laut Steuerzettel an Steuern jährlich die Kleinigkeit von 97 Mark 63 Pf. nämlich:

Gründen — M. 85 Pf.

Gebäudesteuer 5 " 10 "

Gewerbesteuer 6 " "

Kirchensteuer 1 " 26 "

Staatsentnahmensteuer 9 " —

Gemeindeinkommensteuer 65 " 24 "

Kreissteuer 10 " 18 "

Das bedeutet einen Kommunalzuschlag von

sage und schreibe circa 700 Prozent der Staats-

einkommensteuer. Und bei einem so reichhaltigen Steuern soll einem nicht der Appetit ver-

gen!

Wien, 6. Februar. Aufsehen erregt hier ein plötzlicher Vorfall, welcher sich um die gefährliche Mittagszeit in der Direktionsanstalt des Hö-

opertheaters zugetragen hat. Der Hofoperän-

ger Sommer steht seit längerer Zeit mit dem

Kanzleidirektor des Generalintendanten, Regierungs-

rath Dr. Blasius auf gespanntem Fuße. Die

Ursache davon ist nicht festgestellt, jedoch spielen

unkontrollierbare Gerüchte auf, „cherchez la femme“ an.

Sommer, bei welchem schon wiederholt eine

hochprätige Ermittlung wahrgenommen wurde, traf

neun gestern Blasius auf dem Direktionsanzel der

Hofoper und stellte sich nach kurzem Wortwech-

sel mit hochgezogenem Zeigefinger auf dem Regie-

ringrat. Ein erbitterter Kampf entstand, wel-

chen der aufserdem noch anwesende Direktor Jahn

nicht verhindern konnte. Selbst die herbeigehende

Diener vermochten die Kampfenden nicht rasch

genug zu trennen. Blasius und Sommer stürzten

zu Boden. Der letztere hat mehrere stark

blutende Wunden erhalten. Nach Anlegung eines

Verbautes durch einen Arzt wurde Sommer in

seine Wohnung gebracht. Sein Zustand ist dem

Vernehmen nach ernst. Er hat fünf Löcher in

die Kopf, und es wird eine Gehirnerschütterung be-

fürchtet. Dem gestrigen Encontro ging vorgestern

Abend ein anderer Vorfall vor. Sommer

hatte Blasius aufgelauert. Letzterer nahm auf

der Straße politische Hilfe in Anspruch, Sommer

wurde verhaftet, und, nachdem ihn auf der

Polizei ein scharf geladener Revolver abgeworfen

wurde, entlassen.

* Am 19. Dezember vorigen Jahres wurden

der fristlose Polizeiamt, zeitige Buchhalter und

Geschäftsfreunde Robert Hahn und dessen

Weißhaarbeiter Bertha Fraas vom hiesigen

Geöffnungsgericht verurtheilt, und zwar der

erste wegen Körperverletzung und Diebstahl zu 1

Jahr 5 Monaten, letzter wegen Betrugens in 7

Jahren zu 3 Monaten Gefängnis. Gegen dieses

Erkenntnis haben die Angeklagten Berufung ein-

gelegt und beschäftigte sich deshalb die erste

Strafkammer des Landgerichts mit dieser

Sache. Im Juni vorigen Jahres trafen die An-

geklagten auf dem Kühnlmarkt die Frau des

Rechtschreiber Grimm, welche in einem kleinen

schöffenrechtlichen Termin ein der Frau

unangemessenes Zeugnis abgelegt hatte. Hahn machte

über Frau G. eine abfällige Bemerkung und verließ

sie, als sie ihn deshalb zur Rede stellte,

einen Schlag ins Gesicht. Der Diebstahl machte

sich der Angeklagte dadurch schuldig, daß er von

der Fraas erzwungene Waaren an sich nahm

und verbrauchte. Der letztere werben 7 Betrug-

fälle, in denen es sich meist um die Entnahme

von Waaren auf falsche Vorstellung bei ver-

schiedenen Kaufleuten handelt, zur Last gelegt.

Der Gerichtshof hielt insbesondere die für

die Körperverletzung erkannte Strafe von 1 Jahr

Gefängnis, in Abtracht der bewiesenen Brutali-

tät, für durchaus angemessen. Zu einem Fall

des Betrugens, beziehungsweise der Diebstahl vorwe-

rechtfertigung erkannt und die Gesamtstrafe bei

Hahn auf 1 Jahr 4 Monate, bei der Fraas

auf 10 Wochen Gefängnis festgesetzt.

zeigt an den großen kolonialen Erwerbsgesell-

schaften beteiligt und nunmehr oder wenigstens bald

in ihnen hinzurenden Einfluß gewonnen hätten,

um bei industriellen Anstrengungen die Über-

zeugung der heimischen Gewerbe durchsetzen zu

kennen. Das ist bisher unterblieben in Folge

eines hier sehr verbreiteten kolonialistischen Vor-

treibens und über angebrachter politischer Quer-

triebenheit. Offenbar aber tritt auch hier bald

in ihnen hinzurenden Einfluß gewonnen hätten,

um bei industriellen Anstrengungen die Über-

zeugung der heimischen Gewerbe durchsetzen zu

kennen. Das ist bisher unterblieben in Folge

eines hier sehr verbreiteten kolonialistischen Vor-

treibens und über angebrachter politischer Quer-

triebenheit. Offenbar aber tritt auch hier bald

in ihnen hinzurenden Einfluß gewonnen hätten,

um bei industriellen Anstrengungen die Über-

zeugung der heimischen Gewerbe durchsetzen zu

kennen. Das ist bisher unterblieben in Folge

eines hier sehr verbreiteten kolonialistischen Vor-

treibens und über angebrachter politischer Quer-

triebenheit. Offenbar aber tritt auch hier bald

in ihnen hinzurenden Einfluß gewonnen hätten,

um bei industriellen Anstrengungen die Über-

zeugung der heimischen Gewerbe durchsetzen zu

kennen. Das ist bisher unterblieben in Folge

eines hier sehr verbreiteten kolonialistischen Vor-

treibens und über angebrachter politischer Quer-

triebenheit. Offenbar aber tritt auch hier bald

in ihnen hinzurenden Einfluß gewonnen hätten,

um bei industriellen Anstrengungen die Über-

zeugung der heimischen Gewerbe durchsetzen zu

kennen. Das ist bisher unterblieben in Folge

eines hier sehr verbreiteten kolonialistischen Vor-

treibens und über angebrachter politischer Quer-

triebenheit. Offenbar aber tritt auch hier bald

in ihnen hinzurenden Einfluß gewonnen hätten,

um bei industriellen Anstrengungen die Über-

zeugung der heimischen Gewerbe durchsetzen zu

kennen. Das ist bisher unterblieben in Folge

eines hier sehr verbreiteten kolonialistischen Vor-

treibens und über angebrachter politischer Quer-

triebenheit. Offenbar aber tritt auch hier bald

in ihnen hinzurenden Einfluß gewonnen hätten,

um bei industriellen Anstrengungen die Über-

zeugung der heimischen Gewerbe durchsetzen zu

kennen. Das ist bisher unterblieben in Folge

eines hier sehr verbreiteten kolonialistischen Vor-

treibens und über angebrachter politischer Quer-

triebenheit. Offenbar aber tritt auch hier bald

in ihnen hinzurenden Einfluß gewonnen hätten,

um bei industriellen Anstrengungen die Über-

zeugung der heimischen Gewerbe durchsetzen zu

kennen. Das ist bisher unterblieben in Folge

eines hier sehr verbreiteten kolonialistischen Vor-

treibens und über angebrachter politischer Quer-

triebenheit. Offenbar aber tritt auch hier bald

in ihnen hinzurenden Einfluß gewonnen hätten,

um bei industriellen Anstrengungen die Über-

zeugung der heimischen Gewerbe durchsetzen zu</